

Neuer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Raimann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammetil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arten.

Nr 7

Donnerstag, den 15. Januar 1931.

44. Jahrgang

Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht.

Berlin, 14. Januar.

Das Reichsarbeitsministerium hatte die Spitzenverbände und einzelne Berufsstände zu einer Aussprache über die Frage der Arbeitsdienstpflicht eingeladen. Staatssekretär Dr. C. E. B. wies darauf hin, daß man sich bei dieser Aussprache nur mit der speziellen Frage der Arbeitsdienstpflicht befaßen wolle, nicht aber auch mit den Anregungen des Finanzministers Dietrich über eine produktivere Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht.

Ministerialrat Dr. Lehfeldt wies darauf hin, daß in der Arbeitsdienstpflichtverpflichtung zurecht je Kopf und Monat einschließlich der Verwaltungskosten rund 80 Reichsmark gezahlt würden. Die Arbeitsdienstpflicht würde erheblich mehr kosten. Würden in der Arbeitsdienstpflicht auch nur 50 Rps. Lohn gezahlt, so stelle sich der Aufwand auf rund 1500 RM jährlich. Würde Tariflohn gezahlt, so ergäbe sich eine weitere Erhöhung um mindestens 1350 RM im Jahre. Besonders wichtig sei die Frage der Materialkosten. Die Kosten eines Dienstpflichtigen müßten sich bei günstiger Berechnung auf kaum weniger als 40 RM je Arbeitstag stellen, also auf 3000 RM im Jahr. Währen kosteten 100 000 jugendliche Dienstpflichtige mindestens 300 Millionen RM im Jahr gegenüber etwa 72 bis 80 Millionen RM Unterhaltungsaufwand.

Ein Jahrgang jugendlicher männlicher Dienstpflichtiger, der abzüglich der zu Befreienden etwa 450 000 Dienstpflichtige umfassen würde, würde mindestens 1,35 Milliarden RM kosten. In einer eingehenden Ausarbeitung lehnten die Vertreter der Wirtschaftsv Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, insbesondere aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ab.

Die Ablehnung erfolgte aber auch aus dem Grunde, weil man sich erfahrungsgemäß von einer erzwungenen Arbeit keine befriedigenden Ergebnisse versprechen könne. Außerdem bezweifelte man, ob überhaupt genügend Arbeitsstellen beschaffen werden könnten, ganz abgesehen von den schon erwähnten Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung. Allgemein wurde gefordert, daß das Material über die Frage veröffentlicht werde. Im Anschluß an die Frage der Arbeitsdienstpflicht wurde die Frage erörtert, inwiefern die Bestrebungen auf Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes, insbesondere für jugendliche Arbeitslose, gefördert werden könnten. Die meisten Vertreter hatten auch gegen diese Art des Arbeitsdienstes ähnliche Bedenken wie gegen die Arbeitsdienstpflicht. Die Verarmung gab schließlich dem Wunsch Ausdruck, daß das Reichsarbeitsministerium auch weiterhin den jugendlichen Arbeitslosen keine besondere Fürsorge angedeihen lasse.

Statt Arbeitsdienstpflicht — freiwilliger Dienst.

Das Kuratorium für Arbeitsdienst nimmt zu den Besprechungen über die Frage der Arbeitsdienstpflicht wie folgt Stellung: Ein Teil der Presse zieht aus der Besprechung im Reichsarbeitsministerium den Schluß, daß der Arbeitsdienstgedanke nunmehr als undurchführbar erklärt und endgültig erledigt sei. Das ist irrig. An der Besprechung waren nur Vertreter der Wirtschaftsv Verbände, nicht der Arbeitsdienstbewegung beteiligt. Abgelehnt wurde lediglich die von verschiedenen Parteien empfohlene sofortige Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Die angeführten Ziffern deren Stichhaltigkeit ohnehin von sachverständiger Seite bewiesen wird, beziehen sich lediglich auf diesen Plan.

Die Bemühungen, einen freiwilligen Arbeitsdienst einzuführen, sind durch die Besprechung nicht gefährdet. Sie werden vielmehr fortgesetzt und haben Aussicht auf Erfolg, da hier die finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen durchaus günstig liegen. Das Kuratorium für Arbeitsdienst wird alles daransetzen, um diesen insofern auch von anderer Seite unterstützten Plan zu verwirklichen.

Die polnische Antwortnote.

An den Bälterbund überreicht.

Warschau, 14. Januar.

Die polnische Presse veröffentlicht den Inhalt der polnischen Antwortnote auf die deutschen Botschafternotizen an den Bälterbund. Die polnische Note besteht danach aus vier Teilen. Im ersten Teil wird nachzuweisen versucht, daß die Aktion der Reichsregierung den in Widerverlehenfragen zulässigen Rahmen überschritten habe und daß die deutsche Note den Charakter einer unmittelbaren politischen Aktion trage.

Das Verhalten der Reichsregierung habe die leibenschaftliche Kampagne der deutschen Presse und öffentlichen Meinung, die sich auf erdichtete und übertriebene Tatsachen füße, verurteilt.

Der zweite Teil der Note geht auf die Vorwürfe wegen des Bälterbundes in Oberschlesien ein. Es wird verurteilt, daß die Vorwürfe an Hand von Material zu widerlegen. Die tiefen Irrtümern einer gewissen Erregung der Geister in Oberschlesien während der Wahlzeit seien in der Reaktion zu finden, die in der polnischen öffentlichen Meinung durch den Terror gegen die durch ihre Minderheitenverträge geschützte polnische Minderheit in Deutschland und durch die politische Aktion Deutschlands gegen den polnischen Staat als Ganzes ausgetröst worden sei.

Dies habe in der polnischen Öffentlichkeit Unruhe hervorgerufen und die deutsche Minderheit gehindert, dem polnischen Staat gegenüber ein lautes Verhältnis zu finden.

Im dritten Teil wird der Bericht gemeldet, der Beweise zu erbringen, daß die Vorfälle während der Wahlzeit in Oberschlesien den Rahmen von Wahlunfällen hätten, die eine Folge der Parteikämpfe darstellen, nicht überschritten hätten. Diese Zwischenfälle könnten nicht mit Wahlunfällen in anderen Ländern, beispielsweise in Deutschland, verglichen werden, wo die Erhaltung der politischen Verhältnisse größeren Umfang angenommen und eine Anzahl von Opfern an Toten und Verwundeten nach sich gezogen habe.

Zum Schluß gibt die polnische Regierung dem Bälterbundsrat die Anordnungen der lokalen und Zentralbehörden bekannt, die im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in Oberschlesien verfaßt worden seien. Die polnische Note, so heißt es endlich, füge sich auf ein umfangreiches Beweismaterial, das in zehn Hefen zusammengefaßt ist.

Der von polnischer Seite unternommene Versuch, den deutschen Botschaftern einen polnischen Anstich zu geben, dient nur der Verhöhnung der wirklichen Sachlage und ist gleichzeitig ein Anerkennung der Schwäche des polnischen Standpunktes. Die deutschen Botschafter sind nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, und der deutschen Minderheit den Schutz zu gewährleisten, den sie auf Grund der von den Polen übernommenen Verpflichtungen eigentlich haben müßte, aber tatsächlich nicht hat.

Es gibt keinen Terror gegen die polnische Minderheit in Oberschlesien, und in den wenigen Verlehen geringfügiger Natur und lokaler Bedeutung, die gegen die polnische Minderheit als Folge getrübt gemeldet sind, hat die deutsche Polizei stets rechtschaffen vorgegriffen, sofort Untersuchungen eingeleitet und die Schuldigen der Bestrafung zugeführt.

Umgekehrt hat in Oberschlesien sich der Terror nicht nur unter Duldung, sondern teilweise sogar unter aktiver Begünstigung der polnischen Polizei abgespielt. Ein Vergleich zwischen den beiderseitigen Formen der Minderheitsbeschwerden kann nicht, wie zu erwarten, zu Ungunsten ausfallen, und ist nicht geeignet, um stimmungsähnlich die unerhörten Vorgänge in Oberschlesien zu erklären. Die deutschen Minderheiten in Polen würden glückselig sein, wenn sie der Behandlung teilhaftig würden, die die polnische Minderheit in Oberschlesien zugeführt.

Zalecki in Paris.

Paris, 14. Januar.

Auf der Reise nach Genf ist Zalecki in Paris eingetroffen. Die Hintergründe dieses Besuches liegen zu klar auf der Hand, als daß selbst die französische Presse näher darauf eingehen. Nur ganz wenige Blätter betonen nochmals, daß zwischen der französischen und der polnischen Auffassung über die deutsch-polnischen Beziehungen keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen.

So schreibt das „Journal“, Polen habe die internationale Aussprache in Genf nicht gesucht und gebe ihr auch nicht den Charakter einer wahren Schlacht. Deutschland habe deshalb keinerlei Grund, sich darüber zu wundern, daß die Gegner einer Vertragsrevision ihre gemeinsame Haltung vor sich festhalten.

Wenn sie sich dieser Position widersehen, so gelte es aus der Ueberzeugung heraus, daß eine Herabsetzung der Beiträge die Lage nur noch mehr verwirren würde. Der „Figaro“ betont, daß die französische Haltung in nichts von derjenigen abweiche, die der polnische Außenminister in seiner letzten Rede zum Ausdruck gebracht hätte, d. h. die Aufrechterhaltung der Beiträge. Es sei unmöglich, auf diesem Gebiet auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.

Zalecki wird nach verschiedenen Zusammenkünften mit dem französischen Außenminister Briand haben und sich am Mittwochabend von Paris aus direkt nach Genf begeben.

Das Urteil in Gollaschowitz.

Rabbin, 14. Januar.

Im Gollaschowitz Prozeß wurde das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten, die geständig waren, wegen Raubhandels zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, einen dritten schwer belasteten Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis und vier Nebenangeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Der achte Angeklagte, dessen Alibi durch Zeugnisaussagen erwiesen worden war, wurde freigesprochen. Berufung wird von keiner Seite eingelegt.

... und was die polnische Presse dazu sagt.

Warschau, 14. Januar.

Die Urteilsfällung lösocht im Neuhöfener als auch im Mikolajew-Prozeß wird von der polnischen Presse allgemein als Herausforderung bezeichnet.

Der regierungsfreundliche „Gpreß Boranng“ verheißt keine diesbezügliche Meldung aus Berlin mit folgender Ueberschrift: „Zwei Verbrechen der preußischen Gerechtigkeit.“ Auffallend ist jedoch, daß sich die polnischen Blätter hierbei jeglicher Meinungsäußerungen enthalten und ihrer Enttaltung lediglich in gehässigen Ueberschriften Luft machen.

Polen spricht sein Bedauern aus.

Berlin, 14. Januar.

Ämlich wird mitgeteilt: Die polnische Regierung hat durch ihre hiesige Gesandtschaft wegen Ueberschiebung deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger der Reichsregierung ihr Bedauern ausgedrückt.

Verdächtige Reiseunterbrechung.

London, 14. Januar. Außenminister Henderson wird Mittwoch nach Genf abreisen. Seine Reise geht über Paris, wo er am Donnerstag übernachtet und am Donnerstagsvormittag nach Genf weiterfährt.

Der Reiseplan ist also so angelegt, daß sich reichlich Gelegenheit zur Aussprache zwischen Henderson und Briand sowie zwischen Henderson und dem britischen Botschafter in Paris bieten wird.

Im seiner Begleitung werden sich der Leiter der Bälterbundsabteilung im Foreign Office, Cabogan, Sir Arthur Willett vom Pressedepartement und etwa zwei weitere Beamte des Foreign Office befinden.

Steinwürfe auf den Kanzler.

Das Ende der Offizier. — Polnische Aufregung.

Berlin, 13. Januar.

Reichsminister Dr. Brüning hat seine Offiziere beobachtet. Er ist ganz bestimmt kein Verdächtigter gewesen. Mit es schon kein Verdächtigter, tagelang hindurch Klagen und nichts als Klagen hören zu müssen, lo gehört es ja schließlich für einen Reichsminister auch nicht zu den Annehmlichkeiten dieses Daseins, sich mit Schmähschriften und Steinwürfen begnügen zu lassen. Es wäre wirklich sehr gut, wenn sich die preussische Polizei nun auch die Mühe machte, genau festzustellen, wer die Dummköpfe waren, die diese Vorformulare arkanisiert haben; denn daß es sich um eine Angelegenheit der Regierung handelt, liegt ja klar zutage.

Unter allen vernünftigen Menschen besteht Uebereinstimmung darüber, daß alles getan werden muß, um den deutschen Osten lebensfähig und entwicklungsfähig zu erhalten.

Brüning hat vor Illusionen gewarnt.

Die Leute im Osten, die Klar zu sehen vermögen, müssen nun auch erkennen, daß die Illusion, was Illusion, was reine Demagogie ist.

Der Staat muß helfen, soviel er helfen kann. Aber eine Illusion ist es auch, nun alles vom Staate zu erwarten, und deshalb ist es zu begrüßen, daß der Reichsminister Dr. Brüning auf dieser Reise auch mehrfach von der Selbstverantwortung und der Selbsthilfe gesprochen hat. Mit Hilfe von Staatskräften kann der Osten nicht lebensfähig gemacht werden. Immer und überall ist noch die Selbsthilfe das Entscheidende gemeint. Was am deutschen Osten früher verümt wurde ist, das muß jetzt wenig unter viel schwierigeren Verhältnissen nachgeholt werden. Alle Fehler rächen sich.

Dazu kommen die Folgen der widernatürlichen Grenzsetzung durch den Verfaller Vertrag.

Aber das alles ist noch kein Grund zum Verzweifeln. Es gibt im Osten noch Menschen genug, die dieses Leben fest anpacken können. Wenn wir uns frei machen von Illusionen, wie von der Vergeltung und Vergebung, wenn wir alle getreu zusammenstehen, dann wird es gelingen, das deutsche Schicksal im Osten zu meistern.

Die Wortschauer Presse ist über die Reise des Reichsministers ganz aus dem Häuschen geraten. Sie selbst von Provoaktion und Störung des Friedens im Osten.

Das führt z. B. der „Kurier Boranng“ u. a. an. Er nennt Brüning's Streifenbesuch eine Reise längs der Weltgrenze Polens, die entsprechend den Erwartungen in eine wahre Orgie der Provoaktion ausgearbeitet sei. Die Begrüßungsansprachen enthielten die brutalsten Angriffe gegen den Wortschauer, wie sie in normalen zwischenstaatlichen Beziehungen einfach unmöglich seien. In diplomatischen Beziehungen habe der Kanzler in seiner Rede in Rönigsberg erklärt, er wolle von starken Worten absehen, weil ihnen nicht immer die starken Taten folgen können. Damit ist doch ganz klar, daß diese Begrüßungsrede von vornherein im Einvernehmen mit den Zentralstellen festgelegt war. Das sei daraus ersichtlich, daß der preussische Finanzminister gleichzeitig einen von ihm unterzeichneten Artikel veröffentlicht habe, der von ihm geradezu wahnwitzigen Polenshöf zeuge.

Amtseinführung des Memeldirektoriums.

Schreibe Reissigs.

Memel, 14. Januar.

Bei der Uebernahme der Geschäfte an das neue memelische Direktorium hielt der litauische Gouverneur eine Rede, in der er der neuen Präsidenten Bälter verurteilt warnte. Bälter hätte föhnten, so sagte er, Vertreter der Parteien — gemeint sind die Mehrheitsparteien — versuchen, sich in die innere Verwaltung des Direktoriums einzumischen. Außerdem müße festgelegt werden, daß der Landtag von den Funktionen der ausführenden Gewalt größtenteils gelassen möge. Jedoch hoffe er, daß es Bälter gelingen möge, diese Vorurteile zu beseitigen, und er sich nach den Grundbüssen des Statuts richten werde.

Der bisherige Direktor, Präsident Reissigs, verurteilte, alle Schuld an den bisherigen Differenzen von sich abzumäßen, indem er behauptete, daß im Memelgebiet noch wie vor Kräfte am Werk seien, die nur Interesse daran hätten, immer wieder Unruhe in die Bevölkerung zu bringen. Er verwies weiter auf die angeblich große Zahl von Beamten fremder Staatsangehörigkeit, die sich nach im Dienst befänden (gemeint

und hiernit wußt die Geistlichen und Lehrer) und betonte, daß es Aufgabe des Direktoriums sei, diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

Wäßler betonte alsdann, daß er und seine Mitarbeiter sich der schweren, verantwortungsvollen Aufgabe, vor der sie ständen, bewußt seien.

Abbrüffungskonferenz 1932.

... aber Frankreich rüßtet auf.

Paris, 13. Januar.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Abbrüffungskonferenz gab eine hochstehende französische Persönlichkeit, die den Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses von Anfang an beigewohnt hat (gemeint ist sicherlich Wäßler), den Vertretern der Pariser Wäfler eine Erklärung ab.

Ueber den Zeitpunkt des Zusammentretens der Konferenz erklärte er, daß vor dem Frühjahr 1932 kaum damit zu rechnen sei, denn jeder Staat müsse Zeit haben, die außerordentlich wichtigen Verhandlungen vorzubereiten.

Der Verhandlungsort liege noch nicht fest. Genf werde auf alle Fälle zu klein sein um Abordnungen in einer Gesamtheit von rund 2000 Köpfen aufnehmen zu können. Man habe an Lausanne und Brüssel gedacht, bisher habe aber nur Wien das ehemalige Kaiserliche Schloß zur Verfügung gestellt. Es sei jedoch auch nicht unmöglich, daß man sich auf Paris, Berlin oder London einigen würde.

Was den französischen Standpunkt in der Abbrüffungsfrage angeht, so könne schon jetzt gesagt werden, daß Frankreich keinerlei weitere Opfer bringen könne. Man habe Anseh, daran zu erinnern, daß Frankreich und Belgien nicht erst die Abbrüffungskonferenz abgewartet hätten, um ihre Heereskräfte im höchsten Ausmaß herabzusetzen (?). Für Frankreich könne es keine neuen Sicherheitsgarantien geben, die es verpflichteten, das Heer auch nur um einen einzigen Mann zu verringern. Deutschland und die anderen Mächte wußten dies sehr wohl.

In der allgemeinen Abbrüffungskonferenz werde es auch weniger auf die Abbrüffung, als auf eine Wänderung der Verträge ankommen.

Die Volkshafterkonferenz lebt noch!

Sie prüft die „deutschen Klüfflungen“.

Paris, 14. Januar.

Die Volkshafterkonferenz, die wir längst entfallen wußten, ist unter dem Vorhild Genabau zusammengetreten, um einige laufende Angelegenheiten zu erledigen, die besonders auf die Durchführung des Pariser Vertrages Bezug haben. Der „Reit Parisien“ verjuchte, am maßgebender Stelle einige Einzelheiten über den Inhalt der Besprechungen zu erfahren. Französischerseits hat man sich jedoch in allerhöchstem Maße zurückgehalten.

Nach den Ausführungen des „Reit Parisien“ hat es sich in der Sitzung der Volkshafterkonferenz darum gehandelt, die deutschen „Klüfflungen“ einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Die Offensiv großen Sätze, die die Reichsregierung und auf ihre Anweisung die gesamte deutsche Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Abbrüffungsfrage ergreifen hätten, habe die Volkshafterkonferenz dazu veranlaßt, den gegenwärtigen Stand der deutschen Klüfflungen darzustellen zu prüfen, ob es in Uebereinstimmung mit dem Pariser Vertrag liege. Bei dieser genaueren Prüfung hätten der Konferenz die Unterlagen der in Berlin anwesenden Militärsachverständigen zur Verfügung gestanden.

Herabsetzung der Kriegsschulden?

Die Meinung eines amerikanischen Bankpräsidenten.

New York, 13. Januar.

In dem Jahresbericht an die Aktionäre der Chase National Bank empfiehlt Albert Wiggin, der Präsident des größten Bankinstituts der Welt, der Washingtoner Regierung ein tatkräftiges Vorgehen zu Gunsten einer Herabsetzung der interalliierten Schulden. Der Frage der Streichung oder Herabsetzung der interalliierten Schulden komme eine Bedeutung zu, die weit über rein finanzielle Interessen hinausgehe.

Die Tatsache, daß das Ausland nicht in der Lage sei, den Zinsen und Amortisationsdienst für die Schulden an Amerika zu finanzieren und gleichzeitig eine angemessene Menge amerikanischer Waren zu kaufen, habe für die amerikanische Industrie, besonders für die Automobil-, Kupfer- und Petroleumindustrie, verhängnisvolle Folgen. Ohne die Frage unterliegen zu wollen, ob eine Schuldenerleichterung gerecht wäre, müsse er der festen Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung ein „gutes Geschäft“ machen würde, wenn sie jetzt an eine Herabsetzung der interalliierten Schulden herantrete.

Wiggins gibt ferner den amerikanischen Arbeitgeberern den Rat zu einer maßvollen Herabsetzung der Löhne, da hohe Löhne nur in guten wirtschaftlichen Zeiten gerechtfertigt seien. Am übrigen sei er der Ansicht, daß das Schlimmste bereits überwunden sei und daß in wirtschaftlicher Hinsicht die Bewegung jetzt wieder aufwärts führen werde.

von Hoersch bei Briand

Paris, 13. Januar.

Der deutsche Volkshafter von Hoersch hatte gestern nachmittag wieder eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. Im Verlauf dieser Unterredung wurde die Ausprache über verschiedene bei der bevorstehenden Tagung des Völkerverbundes zu erörternde Fragen fortgesetzt.

Keine Nietenanleihe Englands

New York, 14. Januar. In Wallstreet-Kreisen wird das Gerücht demotiviert, daß die englische Regierung beabsichtige, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten eine Anleihe von hundert Millionen Pfund Sterling aufzunehmen.

Bein Jahre Zuchthaus.

Das Urteil im Neuföhner Prozeß.

Leipzig, 13. Januar.

Im Neuföhner Spionageprozeß verurteilte der Vorhöfende des osten S. Senats, Reichsgerichtsrat Schmitt, folgendes Urteil: Der angeklagte polnische Grenzkommissar Biedrzycki ist schuldig des verbotenen Landesverrats nach Paragraph 3 des Spionagegesetzes und Paragraph 43 des Strafgesetzbuches und des verbotenen Zollkluges nach Pa-

ragraph 214 des StGB, sowie des Vorgehens gegen das Waffengesetz und des Vorgehens. Er wird deshalb zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Von der Unteruchungshaft werden sieben Monate in Anrechnung gebracht. Die Eigenschaft als Ueberzeugungstäter konnte dem Angeklagten nicht zuerkannt werden.

In der Urteilsbegründung im Neuföhner Spionageprozeß heißt es u. a.: Sowie verurteilte Ausprägung in Betracht kommt, gründet sich das Urteil auf das im wesentlichen glaubwürdige Geständnis des Angeklagten selbst. Demnach hat er fortgesetzt den Versuch gemacht, sich militärische Geheimnisse — Gegenstände und Nachrichten — zu verschaffen. In tatsächlicher Hinsicht ist der Senat im wesentlichen den Darstellungen des Zeugen Sonder gefolgt, der einen glaubwürdigen Eindruck machte. Solange der Angeklagte sich nach auf deutschem Boden befand, konnte bei der Absicht der Ausprägung auch von Pluriel-Notwehr keine Rede sein.

Aus dem In- und Auslande.

Aufschiedspruch verbindlich erklärt.

Berlin, 14. Januar. Der Reichsarbeitsminister hat den am 10. Januar im Volkstempel im Aufseerbad gefällten Schiedspruch für verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeitsklärung wird damit begründet, daß sie im öffentlichen Interesse notwendig war.

Inkrafttreten der deutsch-österreichischen Verträge.

Berlin, 14. Januar. Für den Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag, dem deutsch-österreichischen Vertrag über die Rechtsstelle in Zollsachen und dem deutsch-österreichischen Abkommen über den kleinen Grenzverkehr, die sämtlich am 12. April 1930 in Berlin unterzeichnet worden sind, haben die deutsche und die österreichische Regierung den 19. Januar in Aussicht genommen. Die Verträge werden somit voraussichtlich am 2. Februar in Kraft treten.

Eine Reichsanwaltschaft.

Berlin, 14. Januar. Nach einem Geleitwort, der loeben dem Reichsrat zugegangen ist, soll die Deutsche Anwaltschaft eine öffentlich-rechtlich anerkannte Zentralvertretung erhalten. Die Vorstände der Anwaltschaften in den verschiedenen Gerichtsbezirken werden schon in dieser Vereinigung für das ganze Reich zusammengefaßt. Diese Vereinigung soll durch das neue Gesetz unter dem Namen Reichsanwaltschaft ein selbes juristisches Geistes als anerkannte Berufsvertretung erhalten.

Keine politische Medunnen.

Der sächsische Innenminister verurteilt, Innenminister Richter fürchte infolge der Glitte auf dem Bahnhof in Zittau und erlit ein Verurteil des Unterarmes.

Sozialdemokraten und Renazee-Film. Unter Führung des holländischen Landtagsabgeordneten Vanbaam behielten etwa 100 deutsche Sozialdemokraten Straßburg am hier der Aufführung des Films „Am Westen nichts Neues“ beizumehren.

Agostini zum Gouverneur der Bank von Italien bestätigt. Der Minister hat die durch den Obersten Rat der Bank von Italien erfolgte Wahl Agostini zum Gouverneur der Bank von Italien bestätigt.

Antrag auf Wiederaufnahme der Wald Tom-Angelegenheit gestellt. In Washington hat der amerikanische Vertreter nunmehr offiziell bei dem deutsch-amerikanischen Gemischten Ausschuss den Antrag auf ein Wiederzunehmeverfahren in der Wald Tom-Angelegenheit gestellt.

Aus der Umgegend

Neuba, 15. Januar.

— Hurra, es schneit! Seit gestern wirbeln weiße Floden in der Luft herum, nach langem Tänzeln fallen sie zur Erde nieder, gesellen sich zusammen und bilden bald eine weißglänzende Dede auf Dächern und Fluren. Der Unterbau für diese Dede ist günstig, denn leichter Frost ging diesmal dem Schneefall voraus, so daß die Erdoberfläche einige Zentimeter tief gefroren ist. Sollte nicht es den ganzen Tag, die Schneedecke erhöht sich, so daß man damit rechnen kann, daß bei weiterer Fortdauer des Schneefalls im Laufe dieser Woche die schönste Schlittenbahn zustande kommt. Trifft dies ein, dann aber all der Stutenhoder heraus aus der dumpfen Stube, den Rodelfischi zur Hand und ins Freie! Niemals ist die Luft so gesund wie an klaren Wintertagen, wenn die Schneeflocken alle Stickschleimstoffe einsaugt und herumgetragen haben. Die Jugend mag sich inzwischen mit Schneeflockenschichten und Wäffeln von Schneemännern beschäftigen, das häßlichste als sind selbst auch einen gesitteten Sport. Die ganz Alten aber, denen die Ausnutzung der schönen Winterfreuden nicht mehr möglich ist, die mögen näher an den warmen Ofen rücken, zum Fenster hinausschauen und sich am frohen Spiel der Schneeflocken erfreuen. So hat jedes Alter seinen Wintergenuss — allerdings nur dann, wenn der Winter nicht allzu bösenhaft auftritt. Für letzteres steht indes jedwede Voraussage, denn selbst der hundertjährige Kalender sagt einen annehmbareren, nicht zu strengen Winter an. Wir dürfen also auf ein zeitiges Frühjahr hoffen.

General-Versammlung des Kriegerevereins.

Der Vorhöfende begrüßt die 55 anwesenden Mitglieder des Vereins und wünscht ihnen, sowie dem ganzen Verein und unsern geliebten Vaterlande alles Gute für das kommende Jahr. Auch gedankt er der 16. Januar, des Tages der 60jährigen Wehrleistung der Deutschen. Durch den heutigen Wehrleistung ist diese Einheit, die Deutschland zu Wohlstand und Ansehen führte, zerfallen. Was das neue Jahr alle Deutsche zur Einheit bringen, daß wir nur uns allein durch Einigkeit aus der Not emporarbeiten können. Die Verammlung ehrte die beiden im verflohenen Jahre verstorbenen Kameraden Hermann Grob und den Altretaran Gustav Kise. Nach Befragung der letzten Niederschrift und des Jahresberichts legte der Kassierer die Rechnung. Sie wurde geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Kameraden Robert Ehrlein und Ernst Göße überreichte der Vorhöfende im Namen des preußischen Landes-Kriegereverbands für treue Dienste und Arbeit im Verein das Kriegerehrenkreuz und wünschte ihnen, daß sie dies Kreuz noch viele Jahre bei voller Gesundheit tragen mögen. Für 25jährige neue Mitgliedschaft erhielten Paul Grob und Hermann Ehröder das Kriegerehrenkreuz II. Klasse. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen Adolf Eimber, Bruno Hilde-

brandt und Carl Hoffmann. Die Wehrdienstbeiträge bleibt 30 RM. Auch die Umlage zur Begräbnisbeiträge von 25 Pf. pro Mitglied wird wieder bei jedem Todesfall eingezogen. Der Vorhöfende ermahnt, dem Voten den Betrag sofort auszubringen, um unnötige Wege zu ersparen. Die Vereinsbeiträge bleiben die gleichen wie bisher. Als Vereinsbote wird Kam. Steiglich wiedergewählt. Da ein Offizier, der zugleich Vorsitzender des Vermögensausschusses ist, aus dem Verein austrat, wird an seine Stelle Kam. Krüger gewählt, als Stellvertreter Kam. Wiese. Herr Dr. Falke scheidet dem Verein infolge Umstände, die mit dem Amt angenommen werden. Darauf verliest der Schriftführer die Niederschrift der Bezirksversammlung am 2. November 1930. Die Sammlung zur Pflege der Kriegerehren am Totenfesttag ergab 133.10 RM. Am 8. Februar wird der Verein im Kränchen bei Kam. Janda im Schützenhaus abhalten. Eine befristete 200 Köpfe darf eingeführt werden, ein Eintrittsgeld soll nicht erhoben werden.

Reichsärztlingskammer des Stahlhelms.

In unserer Zeit schwerster deutscher Volkssnot, politischer Verwässerung und Gärung, aber auch unverantwortlicher Gleichgültigkeit ist es doppelt not, an einem Tage das deutsche Volk in der Gesamtheit eines klaren nationalen Willens über alle Schranken des Standes, der Partei und Konfession hinaus zusammenzuführen. Welcher Tag konnte klarere und breitere Sammlung sein als der 18. Januar, an dem im Jahre 1871 zu Versailles aus dem hohen Führertum deutscher Staatsmänner, dem Iobhaftigen Cyrielum eines kaiserlichen Heeres und der heißen Siehe eines im Kampf geringsten deutschen Volkes das Deutsche Reich entstand? Trotz der heutigen verberblichen Zerrissenheit ist doch der Gedanke und Wille zum Deutschen Reich allen deutschen Menschen zu allen Zeiten gemeinsam geblieben. So fand und muß der 18. Januar 1931 unserer Volks Sammlung und Einheit sein in dem Gedenken: 60 Jahre Deutsches Reich. Seit seiner Gründung hat der Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, die Erhebung des 18. Januar zu einem wahren nationalen Gedenktage als seine Pflicht und schicksalhafte Aufgabe erkannt. So ruft der Stahlhelm in diesem Jahre auf, allerorts im Deutschen Reich alle nationalbewußten Volksgenossen im Gedenken an die Errichtung des Deutschen Reiches und in dem Willen zu sammeln, das Erbe der Väter zu erwerben, um es zu befestigen. Die Kreisgruppe Neuba vom Stahlhelm veranstaltet ihre Reichsgründungsfeier am Sonnabend, dem 17. Januar, abends 8 Uhr im Schweißhaus in Neuba. Als Nebener ist der belebte und bewährte Staumburger Stahlhelmführer Kamerad Löwe aus Staumberg gewonnen worden.

Erziehungsamt 1931.

Als Auftakt der Reichsgründungswoche wird in allen evangelischen Kirchen und Gemeinden der 25. Januar als besonderer Reichsgründungsamt ausgefallt. In Predigten und Vorträgen wird über die Bedeutung evangelischer Erziehungsarbeit gesprochen. Aus Berlin wird eine Rundfunkübertragung übertragen.

Das Bundes-Sängerfest 1931.

In einer in Halle am Sonntag stattgefundenen Vorstandssitzung des Sängerbundes an der Saale wurde nochmals zur der Probe der Abhaltung des Bundes-Sängerfestes 1931 Stellung genommen. Scharflicher Not gegen ein solches Fest ausgesprochen. Verbenntlich hat sich der Gesamtvorstand aus Gründen wirtschaftlicher Geue haben jedoch den Antrag eingebracht, in denen sie die Abhaltung des Bundes-Sängerfestes auch in diesem Jahre fordern. Ihre Forderung begründen sie damit, daß es in der heutigen schweren Zeit recht erforderlich sei, das deutsche Volk und die Sängereundschaft zu pflegen. Sollte sich die am 24. und 25. Januar in Halle tagende Hauptversammlung für das Bundesfest entscheiden, so wird der Vorstand, obwohl er auf seinem Beschluß beharrt, dieses mit allen Kräften fördern.

Schach im Volk.

Der „Deutsche Arbeiter-Schachbund“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem schönen Schachspiel, das in früheren Zeiten ein ausgeprochenes Privileg der gebildeten Kreise war, immer weitere Verbreitung in den Arbeiterkreise zu verschaffen. Gleich wie der Körperport den Körper bildet und gesund erhält, so ist gerade das Schachspiel als das Ideen- und geistreiche aller Breitenspiele geeignet, den Schädigungen des Geistes, die durch Schachlonierung und Mechanisierung der heutigen Produktionsweise hervorgerufen werden, entgegenzuwirken. Das Schachspiel ist wohl eines der geeignetsten Mittel, den Geist regiam zu erhalten. Es erzieht zum logischen Denken und stärkt den Geist, beides Erfordernisse, die jeder Berufsstände braucht, um auf dem Welt-schachbrett bestehen zu können.

Artern. (Weisterzeugung.)

In der am Sonntag in Sangerhausen abgehaltenen Tagung der Antragsammlung für das Maler- und Lackierhandwerk wurde Herr Malermeister O. Braune, hier selbst die Ehrenrunde der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg anlässlich seines 40jährigen Meisterjubiläums (1.2.31) überreicht.

Selbstaunen.

Ein Motorrad-Unfall hat wieder einmal einen Menschen in den besten Jahren der Schaffenskraft das Leben gekostet. Es handelt sich bei dem um so tragische Verble zu Tode gekommenen Manne um den seit einiger Zeit in Rannau am Riffe, eine Auto-Reparaturwerkstatt betreibenden Schlossermeister Karl Barthe. Nach einem Bericht von Augenzeugen, die dem Verunglückten die erste Hilfe zu Teil werden ließen, hat sich der Unfallfall kurz nach der Ueberholung eines Mietautos, in welchem mehrere Kollektor Herren saßen, etwa 150 Meter hinter der Straßeneinmündung Schagenburg — Selbungen ereignet. Trotz Nebel und Dämmerung und schlechter Beschaffenheit der Straße soll das Fahrzeug sehr schnell gewesen sein. Das Mietauto mußte schon kurz nach der Straßeneinmündung wegen eines Scharniers anhalten. Den Insassen bot sich ein schrecklicher Anblick. Während Barthe durch Einbruch aufeinander sofort getötet worden ist, lag der Mitfahrer Karl Müller aus Selbungen, der sich bei der schnellen Ueberholung des Autos umgewandt und gewinkt hatte, leblos 6 Meter davon auf dem Bürgersteig. Man stellte bei letzterem sofort Wiederbelebungsversuche durch Bewegen der Glieder an und vernahm dann auch bald ein Köcheln, das immer härter wurde. In einem Gasthause am Selbunger Bahnhof wurde dem schwer Verletzten

ten die erste ärztliche Hilfe zuteil, später erfolgte seine Ueberführung in seine Wohnung.

Stöber. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag bei dem im Bergungsunternehmungen Verbandsklub des Sports. Das Schützengewand... hier wurde von einem Leibwächter... getreffe...

Blutige Streiknachen in Erfurt

Erfurt, 14. Januar. Bei der Berlin-Erfurt... Maschinenfabrik Henry Pets & Co. Erfurt... in den Streik getreten...

Dienstagmorgen gegen 12 Uhr kam es gelegentlich des Schichtwechsels... Arbeiter... Demonstrationen...

Halle. In drei Konferenzen, an denen über tausend Funktionäre... Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands...

Greß. Im Wald an der Adasöhe wurde die Leiche eines 37jährigen, verheirateten Mannes gefunden... Drei Sparta... angetroffen...

Mageburg. Trotz des von den Einwohnern des Dorfes... Freiwilligen... Brandstiftungen...

Mageburg. Die Bevollmächtigten der Ortsgruppen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands... Reichsbahn... Arbeiter...

Aufscherleben. Das bedeutende Majoranbereiungswerk der Firma G. Wiedemann & Co wurde nachts ein Raub der Flammen...

Calbe (Saale). Vom Pferd zerfleischt. Hier wurde ein Landwirt, als er die Krippe des Pferdes füllte, von dem Tiere angegriffen...

Defina. Auf der Fahrt nach Argentinien verhaftet. Der durch einen... Schiff... Defina...

Leipzig. Auf dem Hauptbahnhof fuhr eine Rangierlokomotive einem Zug in den Flank. Beide Lokomotiven entgleisten...

Wipsh (Kr. Bernburg). Sechs Wiberer gefleht. Der Jagdhubbeamte Wiberer vom Rittergut Wipsh stellte auf einem Dienstgange in etwa zwei Stunden drei Wiberer...

Schutzpatron dem verbotenen Waidwerk nachgingen. Hier von ihnen stammten aus Wienburg, zwei aus Calbe.

Rah und Fern.

Berlin. Kellerbrand in der Frauenklinik der Charité. Drei Züge der Feuerwehr wurden nach der Frauenklinik der Charité gerufen... Brand... Wasser...

Berlin. Der Stand der Grippe in Berlin unverändert. Das Grippeepidemieamt teilt mit: Der Stand der Grippekrankheiten ist seit dem 9. Januar unverändert...

Dresden. Starker Eisgang auf der Elbe. Der herrschende starke Frost hat zu starker Eisschichtung auf der Elbe geführt... Eisgang...

Reichenbach b. Nogrand. Mord und Selbstmord eines Amtsgerichtsrates. Großes Aufsehen erregt hier der Mord und Selbstmord des Amtsgerichtsrates Schubert...

Waffenfund in Berlin

Berlin, 14. Januar. Die Berliner Polizei ermittelte, einer anonymen Anzeige nachgehend, im Hause Georgendstraße 64 auf dem von dem... Waffen...

Es wurden aufgefunden drei Infanterie-Beiwere, mehrere Grenzschärpen, sechs Infanteriekniveschäbner, einige Armeetrumpfvorlöcher... Waffen...

Selbstmord an der Bahre des Gatten.

Berlin, 14. Januar. In einer Villa in Westend erhängte sich die Gattin des Rechtsanwalts und Notars Dr. Alfred Schönbberger an der Leiche ihres Mannes... Selbstmord...

Hühnerdampfer im Hafen gesunken.

Bremhaven, 14. Januar. Der der holländischen Hoheer-Hühner-A.G. gehörende Hühnerdampfer „Hanke“, der zu einer... gesunken...

Köln Metallindustriebrief beielegt.

Köln, 14. Januar. Der Dohlnereit der Köln Metallindustrie ist beielegt worden, da die Tarifparteien gegen die vom... beielegt...

Großgrundjünder Dresden?

Dresden. Die Industrie- und Handelskammer Dresden hat die Oberprokuration gebeten, dahin zu wirken, daß als Standort für den geplanten neuen Großgrundjünder im Bereich der Mitte... Dresden...

Sühne für Deutschemißhandlung

Kybnitz, 14. Januar. In dem gleichen Gerichtsgebäude, in dem gegen die Kolonialherren Angeklagten verhandelt wurde, hat in aller Eile eine weitere Gerichtsverhandlung stattgefunden... Sühne...

mobil entführt und öfters mit Erschießen bedroht hatten, mußte Greife seine Füße entlösen, worauf ihm der Angeklagte Dzierzawa mit einem Oberbeinern auf die nackten... Greife...

Fluggzeugkatastrophen in England.

London, 14. Januar. Bereits zum drittenmal ist ein Flugzeug der britischen Luftfahrt in diesem Jahre abgestürzt. Drei Maschinen des 29. Fluggeschwaders flogen über North-Weald in den Grafschaft Essex in geringer Höhe dicht nebeneinander... Katastrophen...

Die englische Luftflotte wurde von zwei weiteren schweren Unfällen betroffen, die drei Zeppelin und zwei verbrannt... Katastrophen...

Ein Beobachter von drei Flugzeugen mußte an der Grenze von Lincolnshire und Northampton notlanden. Ein der Flugzeuge mit vier Insassen fiel gegen eine Böschung durch... Katastrophen...

Fluggzeug „Tradewind“ abgestürzt?

New York, 14. Januar. Eine heftige Junkfrachtkonvention hat sich in New York abgehalten. Präsident... abgestürzt...

Kleine Chronik.

Die Gattenmörderin Kardos hingerichtet. Frau Kardos, die ihren Sohn und ihren zweiten Ehemann mit Arsen vergiftet hatte, wurde in Szolnok durch den Strang hingerichtet... Gattenmörderin...

Ein unterirdischer See die Hofe der Dyoner-Katzenpforte. Die Aufnahmearbeiten an der Luftschiffhalle in Uzun, wo vor einigen Monaten ein ganzes Stadtviertel verschüttet wurde, sind jetzt wieder aufgenommen worden... unterirdischer See...

Retorsion im Kleinflugzeug. Der französische Flieger, Calouette, der öfters bei Marzelle in einem Kleinflugzeug verlastet hatte, um den Weltrekord im Langstreckenflug für Kleinflugzeuge zu brechen und ohne Zwischenlandung von Marzelle bis Dattar zu fliegen, ist in Wila Cisneros an der Westküste Mexikos glatt geplatzt... Retorsion...

„Do. S.“ vor der Rückkehr nach Friedrichshafen. Das deutsche Flugzeug „Do. S.“, das auf dem Internationalen Pariser Luftfahrtkongress ein großes Erfolg errang, ist nunmehr auf dem Seeboot wieder zusammengebaut worden... „Do. S.“...

Die „Tradewind“ endgültig aufgegeben. Wie aus Sofia (Bulgarien) gebracht wird, hat man die Befragung des Dyonerflugzeuges „Tradewind“ endgültig verloren gegeben... Tradewind...

Die Brandschadungen der Zunderpflanzen auf Suda. Die Brandschadungen der Zunderpflanzen haben in den letzten Tagen einen derartig bedeutenden Umfang angenommen, daß die bulgarische Regierung beschlossen hat, sämtliche Heres- und Marinereisefrüchte, den politischen Geheimdienst und die Heimwehr für den Kampf gegen die Brandstifter herauszugeben... Brandschadungen...



Gedenk für hungernden Vögel!

Steegs Feuerprobe.

Pariser Parlamentsbeginn. Paris, 13. Januar.

Die Winterpause der französischen Kammer ist beendet. Am Dienstag nimmt das Plenum seine Arbeiten wieder auf. Die französische innere Politik steht unter einem großen Fragezeichen, denn niemand weiß, Steeg selbst nicht, ob es ihm gelingen wird, die alte Bonicard-Zardieu-Mehrheit zu brechen. Die kommende Tagung wird die Feuerprobe für das neue französische Kabinett sein.

Die Session beginnt mit einem politischen Akt. Der Kammerpräsident muß nun gewählt werden. Diesmal vielleicht keine Formale, da die Wiederwahl des Herrn Bouffon nicht mehr gefährdet ist. Bouffon hat in den Reihen seiner engeren politischen Freunde viel an Vertrauen verloren. Wie jeder Kammerpräsident hat er keine Aufgabe auch dahin aufgestellt, das Parlament der Regierung nutzbar zu machen, und er hat darum manchmal Gelegenheiten genutzt, der Regierung Zardieu, zu deren politischen Gegnern er zählt, einige Hülfe zu leisten.

Die französische Kammer wird zweifellos stark im Schatten des Duffre-Scandals stehen. Die neuesten Enthüllungen haben ja gerade schwere Belastungen für prominente Parlamentarier und Politiker gebracht.

Das kann zur Hilfe, kann aber auch zum Schaden für das Kabinett werden. Größtenteils die Regierung Steeg ist vor die Aufgabe gestellt, den Finanzjahresplan, den bereits Zardieu in sein Regierungsprogramm eingeleitet hatte, in Angriff zu nehmen. Es handelt sich dabei um wesentlichen um Kreditforderungen an das Parlament für öffentliche Arbeiten — Wegebauten, Hafenanlagen, Kanalbauten, Elektrifizierung, Anlage von Wasserleitungen. Die wirtschaftliche Lage Frankreichs hat sich nun keineswegs gebessert, und es ist sehr wohl denkbar, daß Steeg um die Kredite, die er braucht, wird sehr angeknagert ringen müssen. Als der Finanzjahresplan aufkaufte, hatte man vor, aus dem öffentlichen Budget die Mittel zu bestreiten. Daran ist heute nicht mehr zu denken. Man braucht mindestens zweieinhalb Milliarden, die auf anderem Wege aufgebracht werden müssen. Das bedeutet einen Jahreskredit von 500 Millionen Franken.

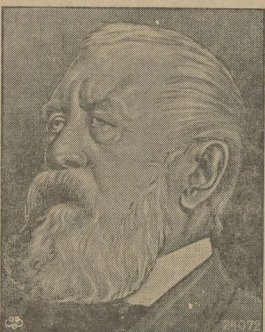
Das Kabinett steht mit einiger Spannung dem Aufsatze dieser Winterarbeiten entgegen. Man ist nicht sicher, daß man eine Mehrheit zusammenbringen wird, die ein ruhiges Arbeiten auf Sicht gewährleistet.

Korruptionsskandale in Russland.

Moskau, 14. Januar. In den bisher fertiggestellten Werken des Magnitogorsk-Kombinats, das bekanntlich das größte Metallwerk der Welt werden soll, sind am Montag die Arbeiten eingeleitet worden, weil es an Kohlen fehlt. Die Lage ist außerordentlich gekloppt. Die Regierung hat die sofortige Verbringung außer der Reihe angeordnet, um eine löbliche Wiederaufnahme der Arbeiten zu ermöglichen. Im Kombinat sind erhebliche Verantrugungen festgestellt worden, die den Betrag von 2,5 Millionen Rubel übersteigen. Mehrere Direktoren sind verhaftet worden.

Große russische Schiffskaupläne.

Moskau, 14. Januar. Die Sowjetregierung hat das Programm zum Ausbau der russischen Handelsflotte befristet. Im Laufe des Jahres 1931 sollen 305 Dampfer mit einem Koffen-aufwand von 400 Millionen Rubel fertiggestellt werden. Die zu bauenden Kriegsschiffe sind dabei nicht einbezogen. Die Sowjetregierung plant die Anlage einer Werft, die einen Koffen-aufwand von 20 bis 27 Millionen Rubel verursacht und sich nur mit dem Bau von U-Booten und kleineren Kriegsschiffen besetzen soll.



Böcklin 30. Todestag.

Am 16. Januar sind 30 Jahre seit dem Ableben des weltberühmten Malers Arnold Böcklin vergangen.

Fieber und Fiebermessung.

Schnupfen, Husten, Grippe und Mandelentzündung sind gegenwärtig an der Tagesordnung. Diese Gesundheitsstörungen gehen von viele andere häufig einher mit mehr oder minder hohem Fieber, das dem Kranken wie keiner Umgebung oft Furcht und Schrecken einflößt. Ist diese Angst überdacht? Nur bis zu einem Teil. Fieber ist keine Krankheit, sondern ein Krankheitszeichen, das uns daran gemahnt, sofort das Bett aufzulassen und ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auf der anderen Seite aber gibt das Fieber uns Kunde von dem Widerstand des Körpers gegenüber dem eindringenden Krankheitserreger. Es hilft, wie wir heute wissen, Stoffe an den Krankheitsherd heran und leitet damit die eigentliche Heilung ein. Daher ist es falsch, selbstständig zur Bekämpfung des Fiebers zu Fiebermitteln zu greifen. Ob ein Fieber bekämpft werden muß oder nicht, das überläßt man dem sachverständigen Urteil des Arztes. Macht doch die heutige Medizin sogar mit der künstlichen Herabsetzung von Fieber in Gefahr von Einwirkungen oder durch Erzeugung eines künstlichen Wechselhitzes z. B. bei Behandlung der Gehirnverwundung (Paralyse) erfolgreich Gebrauch. Manchen Krankheitsfällen ist eine charakteristische Fieberform zu eigen, die dem Arzt bisweilen erst die Feststellung der Natur des Leidens gestattet. So z. B. besteht beim Typhus ein Dauerfieber von bestimmter Form, so ändert sich ein gewisses Erbrechen, das meistens eines neuen Krankheitsherdes durch eine Fiebererregung an, so zeigt das Wechselhitz oder die Sungenentzündung

ein dem Arzte je nach Handeln besonders charakteristisches Bild. Darum also dränge man nicht planlos auf Bekämpfung des Fiebers, sondern Sorge vielmehr dafür, daß die Fiebermessungen, die man im allgemeinen zweimal am Tage — morgens und am späten Nachmittag — vornimmt, mit der nötigen Sorgfalt gemacht und aufgezeichnet werden.

Zur Fiebermessung bedient man sich heutzutage fast allgemein des von Maximal-Thermometers, das die Eigenschaft besitzt, die Quecksilbersäule auf den einmal erreichten Höchsttemperatur festzuhalten. Es ist deshalb nötig, daß man vor jeder Messung durch eine kurze ruckartige Bewegung erst das Quecksilber unter die 36 Grad Celsius-Grenze herunterdrückt. Erst dann wird das Thermometer, am besten in die Achselhöhlen des erkrankten Menschen, eingelegt und dort etwa 5 bis 10 Minuten belassen, bevor die Ableseung erfolgt. Die Messung im Darm wird man zweifelsfrei vor allem bei Kindern vornehmen, doch ist dabei darauf zu achten, daß man das Thermometer dauernd in der Hand behält, damit nicht durch eine plötzliche Bewegung des Kindes das Thermometer zerbrochen wird und eine, unter Umständen erhebliche Verletzung erfolgt. Die im Darm gemessene Temperatur ist regelmäßig 1/2 Grad höher als die in der Achselhöhle gemessene.

Besorger des deutschen Marktes.

KLEINSTRIED 332	MITTELSTRIED 312	GROSSSTRIED 202
KLEINSTRIED 302	MITTELSTRIED 282	GROSSSTRIED 182
KLEINSTRIED 202	MITTELSTRIED 182	GROSSSTRIED 122
KLEINSTRIED 102	MITTELSTRIED 82	GROSSSTRIED 62

Berliner Produktentwürfe.

An der Berliner Produktentwürfe vom Dienstag war das Angebot nicht allzu groß, jedoch fehlte die Nachfrage. Roggen wurde früher angeboten als Weizen und ging im laufenden Konsumgeschäft um etwa 1 Mark zurück. Seine Braugeräte wurde verteuert offeriert und hoch bezahlt. Hafer blieb matt.

Notierungen:

Weizen ab märkischer	255,50—255,50	Weizenf.-Meisse	—
Schön	152—153	Raps	—
Roggen do.	199—213	Seintat	—
Braugeräte do.	199—213	Vitriolserben	23,50—30,50
Futter- u. Indust.	—	U. Speiseerben	—
Gerste do.	188—194	Futtererben	19,00—21,00
Hafer do.	138—142	Veisig	—
Wais loco Berlin	—	Mederbohnen	17,00—13,00
Waggr. Hb.	—	Widen	18,00—21,00
Weizenmehl p. 100	—	Suppen, blaue	—
Kilo fr. Bln. fr.	—	Suppen, gelbe	—
intl. Sud. (feinste)	29,50—37,00	Serradella, neu	—
Waggenmehl p. 100	—	Rapsstuden, 38 %	9,00—9,50
Kilo fr. Bln. fr.	—	Reintuchen, 37 %	14,80—15,00
intl. Sud.	23,40—26,40	Trondschinkel	5,60—5,90
Weizenf. fr. Bln.	10,25—10,50	Sonolohr, 45 %	12,50—12,80
Waggenf. fr. Bln.	9,00—9,50	Kartoffelstoden	—

Berliner Schlachthofmarkt vom 13. Januar.

Auflage: 1458 Rinder, darunter 308 Ochsen, 404 Bullen, 746 Kühe und Fäulen; 2620 Schafe, 3206 Schafe, 12 358 Schweine, 1990 Auslandschweine — Preise für einen Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

1. Ochsen:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	13. 1.	9. 1.
2. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	56—58	57—60
3. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	52—56	53—56
4. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	49—51	51—52
5. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	47—48	48—50
6. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	43—45	45—49
7. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	42—46	45—48
8. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	38—43	40—45
9. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	30—37	32—38
10. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	28—28	28—30
11. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	22—25	24—27
12. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	50—53	50—54
13. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	45—48	46—49
14. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	38—44	40—45
15. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	37—45	40—47
16. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	63—72	68—76
17. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	49—51	51—52
18. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	40—50	45—55
19. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	58—61	58—62
20. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	53—57	55—58
21. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	41—45	42—45
22. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	47—48	45—50
23. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	35—40	38—40
24. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	55—57	58—59
25. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	55—57	57—59
26. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	52—56	55—57
27. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	60—62	51—53
28. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	50—51	51—53
29. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	50—51	51—53
30. Rinder:	höchste, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts	50—51	51—53

Bekanntmachung
Die Auszahlung der **Lozils- und Kleinerenunter-**
fügungen erfolgt am **Donnerstag**, den 15. d. Mts., von
11 bis 12 Uhr in der Stadtkasse.
Nebr., den 14. Januar 1931.
Der Magistrat Grünberg.

DBG
Die **Groß-Bauparkasse**
Deutsche Bau-
Gemeinschaft
e. G. m. b. H. Leipzig W 22
gibt ihren Mitgliedern
Zinsfreie Darlehen
f. Hausbau, Hauskauf, Hypothekendarlehen, Darlehensschulden
Aufklärungs-Vortrag
Sonntags, den 17. Januar 1931, 20 Uhr im
Gasthof „Zur Sorg“, Nebr.
9,4 Millionen bisher zugeteilt
Druckarbeiten gegen 30 Pa. für Porto und Steuern.

N. E. W. 24
Freitag, den 16. Jan. 1931,
20 30 Uhr, findet im Gasthaus
„Zur Sorg“ unsere
General-Versammlung
statt, wozu wir hierdurch einladen.
Der Vorstand.

Drucksachen
für Handel, Gewerbe
und Industrie
fertig an
Buchdruckerei W. Sauer

3 Kaffee-Ausnahme-Tage!
Sie erhalten gratis:
auf 1/2 Pfund Kaffee = 1/2 Pfund Würfelzucker,
auf 1/2 Pfund Kaffee = 1/2 Pfund Würfelzucker,
auf 1/2 Pfund Milchzucker = 1/2 Pfund Würfelzucker.
Wir empfehlen:
KAFFEE, stets frisch
1/2 Pfund 60, 70, 80, 90 g, 1.— Mk
und 1.15,
Perl-Kaffee 1/2 Pfund 90 g,
Misch-Kaffee (20% Bohnen)
1/2 Pfund nur 60 g
TEE, sehr ergiebig:
1/2 Pfund 95 g, 1.15, 1.25, 1.50, 1.90
und 2.— Mk.
Getrocknete Früchte:
Pflaumen 1/2 Pfund 40 g
Apfelkuchen 1/2 Pfund 70 g
Pfirsiche 1/2 Pfund 75 g
Rin-Äpfel 1/2 Pfund 70 g
Mischobst 1/2 Pfund 60 g
Früchte 1/2 Pfund 36 g
Birnen 1/2 Pfund 70 g
Pflaumen, große Frucht 1/2 Pfund 60 g
Pflaumen, mittlere Frucht 1/2 Pfund 50 g
Apfelkuchen 1/2 Pfund 1.00 Mk
Ananas in Scheiben 1/2 Dose 1.20 Mk
Pflaumen 2 1/2 Pfund Dose 72 g
Thams & Garfs
Nebr. a. U. Breitestr. 21

Wertvolle Büdier
in ungefügten neuen Ausgaben
Jeder Band in Leinen gebunden **RM 2.85**
R. H. Barfild / Frau Ulta und der Jäger
B. Feudtwaenger
Die häßliche Herzogin Margarethe Maulfild
R. Greinz / Vorfrübling der Liebe
Fel. Holländer / Der Weg des Thomas Trudt
Paul Keller / Marie Heinrich
Paul Keller / Der Sohn der Hagar
Paul Keller / Waldwinter
Tü. Mann / Die Buddenbrooks
Fr. Kleffsch / Werke in Auswahl 2 Bände
C. L. Schleidt / Verbannte Vergangenheit
Ingefüg mit sämtlichen Büdier
S. Eil. v. Sell / Weggenossen
Frank Thiele / Die Verdammten
Jakob Wassermann / Das Gänsemännchen
Fr. Weber / Verdi, Roman der Oper
Vorrätig bzw. zu beziehen durch
W. Scharf, Buchhandlung

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Bild. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Raminann Weich, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postkassentexto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Banverein Arten.

Nr 7

Donnerstag, den 15. Januar 1931.

44. Jahrgang

Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht.

Berlin, 14. Januar.

Das Reichsarbeitsministerium hatte die Spitzenverbände und einzelne Berufsstände zu einer Aussprache über die Frage der Arbeitsdienstpflicht eingeladen. Staatssekretär Dr. C. E. B. wies darauf hin, daß man sich bei dieser Aussprache nur mit der speziellen Frage der Arbeitsdienstpflicht befassen wolle, nicht aber auch mit den Anregungen des Finanzministers Dietrich über eine produktivere Gestaltung der Arbeitsdienstführung.

Ministerialrat Dr. Seefeldt wies darauf hin, daß in der Arbeitslosenversicherung zurecht je Kopf und Monat einschließlich der Verwaltungskosten rund 80 Reichsmark gezahlt würden. Die Arbeitsdienstpflicht würde erheblich mehr kosten. Würden in der Arbeitsdienstpflicht auch nur 50 Rps Lohn gezahlt, so ließe sich der Aufwand auf rund 1500 RM jährlich. Würde Tariflohn gezahlt, so ergäbe sich eine weitere Erhöhung um mindestens 1350 RM im Jahre. Besonders wichtig sei die Frage der Materialkosten. Die Kosten eines Dienstpflichtigen würden sich bei günstiger Berechnung auf kaum weniger als 10 RM je Arbeitstag stellen, also auf 3000 RM im Jahr. Währen kosteten 100 000 jugendliche Dienstpflichtige mindestens 300 Millionen RM im Jahr gegenüber etwa 72 bis 80 Millionen RM Unterhaltungsaufwand.

Ein Jahrgang jugendlicher männlicher Dienstpflichtiger, der abzüglich der zu Befreienden etwa 450 000 Dienstpflichtige umfassen würde, würde mindestens 1,35 Milliarden RM kosten. In einer eingehenden Aussprache lehnten die Vertreter der Wirtschaftsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, insbesondere aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ab.

Die Ablehnung erfolgte aber auch aus dem Grunde, weil man sich erfahrungsgemäß von einer erzwungenen Arbeit keine befriedigenden Ergebnisse versprechen könne. Außerdem bezweifelte man, ob überhaupt genügend Arbeitsgelegenheiten beschafft werden könnten, ganz abgesehen von den schon erwähnten Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung. Allgemein wurde gefordert, daß das Material über die Frage veröffentlicht werde. Im Anschluß an die Frage der Arbeitsdienstpflicht wurde die Frage erörtert, inwiefern die Befreiungen auf Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes, insbesondere für jugendliche Arbeitslose, gefördert werden könnten. Die meisten Vertreter hatten auch gegen diese Art des Arbeitsdienstes ähnliche Bedenken wie gegen die Arbeitsdienstpflicht. Die Verarmung gab schließlich dem Wünsche Ausdruck, daß das Reichsarbeitsministerium auch weiterhin den jugendlichen Arbeitslosen seine besondere Fürsorge angedeihen lasse.

Statt Arbeitsdienstpflicht — freiwilliger Dienst.

Das Kuratorium für Arbeitsdienst nimmt zu den Besprechungen über die Frage der Arbeitsdienstpflicht die folgende Stellung: Ein Teil der Presse zieht aus der Besprechung im Reichsarbeitsministerium den Schluß, daß der Arbeitsdienstgedanke nimmer als undurchführbar erklärt und endgültig erledigt sei. Das ist irrig. An der Besprechung waren nur Vertreter der Wirtschaftsverbände, nicht der Arbeitsdienstkommission beteiligt. Abgelehnt wurde lediglich die von verschiedenen Parteien empfohlene sofortige Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Die angeführten Ziffern deren Stichhaltigkeit ohnehin von sachverständiger Seite bezweifelt wird, beziehen sich lediglich auf diesen Plan.

Die Bemerkungen, einen freiwilligen Arbeitsdienst einzuführen, sind durch die Besprechung nicht gedeckert. Sie werden vielmehr fortgesetzt und haben Aussicht auf Erfolg. Das Kuratorium für Arbeitsdienst ist zu verwirklichen.

colorchecker CLASSIC

orinote.

u, 14. Januar.

Inhalt der postschwerdenoten an steht danach aus den verucht, daß unherbeilfragen daß die deut politischen Aktion

be die leiden- je und offen- übertriebene

würde wegen des ab verucht, die liegen. Die tiefe- Geister in Ober- der Reaktion zu einung

Minderheiten in Deutschland ab gegen den worden sei.

Dies habe in der politischen Öffentlichkeit Unruhe hervorgerufen und die deutsche Minderheit gebührt, dem polnischen Staat gegenüber ein lautes Verhältniß zu finden.

Im dritten Teil wird der Bericht gemacht zu Beweise zu erbringen, daß die Vorfälle während der Wahlzeit in Oberschlesien den Rahmen von Wahlzweckfällen, die eine Folge der Parteikämpfe darstellen, nicht überschritten hätten. Diese Zwischenfälle könnten nicht mit Wahlzusammenstößen in anderen Ländern, beispielsweise in Deutschland, verglichen werden, wo die Schätzung der politischen Verhältnisse größeren Umfang angenommen und eine Anzahl von Opfern an Toten und Verwundeten nach sich gezogen habe.

Zum Schluß gibt die polnische Regierung dem Völkerbundsrat die Anordnungen der lokalen und Zentralbehörden bekannt, die im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in Oberschlesien verfaßt worden seien. Die polnische Note, so heißt es endlich, fülle sich auf ein umfangreiches Beweismaterial, das in zehn Hefen zusammengefaßt ist.

Der von polnischer Seite unternommene Versuch, den deutschen Botschafter einen politischen Anstoß zu geben, dient nur der Verhöhnung der wirklichen Sachlage und ist gleichzeitig ein Anerkennung der Schwäche des polnischen Standpunktes. Die deutschen Botschafter sind nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, um der deutschen Minderheit den Schutz zu gewährleisten, den sie auf Grund der von den Polen übernommenen Verpflichtungen eigentlich haben müßte, aber tatsächlich nicht hat.

Es gibt keinen Terror gegen die polnische Minderheit in Deutschland, und in den wenigen Verlesungen geringfügiger Natur und lokaler Bedeutung, die gegen die polnische Minderheit als solche gerichtet worden sind, hat die deutsche Polizei stets rechtschaffenste durchgegriffen, sofort Untersuchungen eingeleitet und die Schuldigen der Bestrafung zugeführt.

Umgekehrt hat in Polnisch-Oberschlesien sich der Terror nicht nur unter Duldung, sondern teilweise sogar unter aktiver Begünstigung der polnischen Polizei abgepielt. Ein Verstoß mußten den hebräerlichen Formen der Minderheitsbehandlung fern gehalten zu werden. Solches auszuüben, ist nicht geeignet, um stimmungsmäßig die unerhörten Vorgänge in Polnisch-Oberschlesien zu erklären.

Die deutschen Minderheiten in Polen würden glücklich sein, wenn sie der Behandlung teilhaftig würden, die die polnische Minderheit in Deutschland genießt.

Zalecki in Paris.

Paris, 14. Januar.

Auf der Reise nach Genf ist Zalecki in Paris eingetroffen. Die Hintergründe dieses Besuches liegen zu klar auf der Hand, als daß selbst die französische Presse näher darauf eingehen. Nur ganz wenige Blätter betonen nochmals, daß zwischen der französischen und der polnischen Auffassung über die deutsch-polnischen Beziehungen keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen.

So schreibt das „Journal“, Polen habe die internationale Aussprache in Genf nicht gesucht und gebe ihr auch nicht den Charakter einer wahren Schlacht. Deutschland habe deshalb keinerlei Grund, sich darüber zu wundern, daß die Gegner einer Vertagung ihrer gemeinsamen Haltung noch festhalten.

Wenn sie sich dieser Reaktion widersetzten, so gehehe es aus der Ueberzeugung heraus, daß eine Veränderung der Verträge die Lage nur noch mehr verwirren würde. Der „Figaro“ betont, daß die französische Haltung in nichts von derjenigen abweiche, die der polnische Außenminister in seiner letzten Rede zum Ausdruck gebracht hätte, d. h. die Aufrechterhaltung der Verträge. Es sei unmöglich, auf diesem Gebiet auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.

Zalecki wird noch verschiedene Zusammenkünfte mit dem französischen Außenminister Briand haben und sich am Mittwochabend von Paris aus direkt nach Genf begeben.

Das Urteil in Gotsafowit.

Rybnik, 14. Januar.

Im Gotsafowit-Prozess wurde das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten, die gefällig waren, wegen Raubhandels zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, einen dritten schwer belasteten Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis und vier Nebenangeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Der achte Angeklagte, dessen Akte durch Zeugnisaussagen erwiehen worden war, wurde freigesprochen. Berufung wird von keiner Seite eingelegt.

... und was die polnische Presse dazu sagt.

Warschau, 14. Januar.

Die Urteilsfällung sowohl im Neuhöfener als auch im Nitolaifer-Prozess wird von der polnischen Presse allgemein als Herausforderung bezeichnet.

Der regierungsfreundliche „Gprzech Poranno“ verweist seine diesbezügliche Meldung aus Berlin mit folgendem Ueberschrift: „Zwei Verbrechen der preussischen Gerechtigkeit.“ Auffallend ist jedoch, daß sich die polnischen Blätter hierbei jeglicher Meinungsäußerungen enthalten und ihrer Entseifung lediglich in gefälligen Ueberschriften Luft machen.

Polen spricht sein Bedauern aus.

Berlin, 14. Januar.

Ämtlich wird mitgeteilt: Die polnische Regierung hat durch ihre hiesige Gesandtschaft wegen Ueberlieferung deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger der Reichsregierung ihr Bedauern ausgesprochen.

Verdächtige Raufunterbrechung.

London, 14. Januar. Außenminister Henderson wird Mittwoch nach Genf abreisen. Seine Reise geht über Paris, wo er zum Donnerstag übernachtet und am Donnerstagvormittag nach Genf weiterfährt.

Der Reiseplan ist also so angelegt, daß sich reichlich Gelegenheit zur Aussprache zwischen Henderson und Briand sowie zwischen Henderson und dem britischen Botschafter in Paris bieten wird.

In seiner Begleitung werden sich der Leiter der Völkerbundsabteilung im Foreign Office, Cabogan, Sir Arthur Willett vom Presse-Departement und etwa zwei weitere Beamte des Foreign Office befinden.

Steinwürfe auf den Kanzler.

Das Ende der Offizier. — Polnische Aufregung.

Berlin, 13. Januar.

Reichskanzler Dr. Brüning hat seine Offiziere beendet. Er ist ganz bestimmt kein Botschafter gewesen. Mit es schon kein Botschafter, solange hindurch Klagen und nichts als Klagen hören zu müssen, so gehört es ja schließlich für einen Reichskanzler auch nicht zu den Annehmlichkeiten dieses Daseins, sich mit Schmähschriften und Steinwürfen begnügen zu lassen. Es wäre wirklich sehr gut, wenn sich die preussische Polizei zum auch die Mühe machte, genau festzustellen, wer die Dummheiten waren, die diese Vorformeln arkanisiert haben; denn das es sich um eine Angelegenheit der Regie handelt, liegt ja klar zutage.

Unter allen vernünftigen Menschen besteht Uebereinstimmung darüber, daß alles getan werden muß, um den deutschen Offizier lebensfähig und entwicklungsfähig zu erhalten.

Brüning hat vor Illusionen gewarnt.

Die Leute im Osten, die klar zu sehen vermögen, müssen nun auch erkennen, daß Agitation, was Illusion, was reine Demagogie ist.

Der Staat muß helfen, soviel er helfen kann. Aber eine Illusion ist es auch, nun alles vom Staate zu erwarten, und deshalb ist es zu begrüßen, daß der Reichskanzler Dr. Brüning auf dieser Reise auch mehrfach von der Selbstverantwortung und der Selbsthilfe gesprochen hat. Mit Hilfe von Staatskräften kann der Osten nicht lebensfähig gemacht werden. Immer und überall ist noch die Selbsthilfe das Entscheidende gewesen. Was am deutschen Osten früher verümt worden ist, das muß jetzt wenig unter viel schwierigeren Verhältnissen nachgeholt werden. Alle Fehler täden sich.

Dazu kommen die Folgen der widernaturalischen Grenzziehung durch den Versailles-Vertrag.

Aber das alles ist noch kein Grund zum Verzweifeln. Es gibt im Osten noch Menschen genug, die dieses Leben fest anpacken können. Wenn wir uns frei machen von Illusionen, wie von der Vergiftung und Verheerung, wenn wir alle getreue zusammenfassen, dann wird es gelingen, das deutsche Schicksal im Osten zu meistern.

Die Warkauer Presse ist über die Reise des Reichskanzlers ganz aus dem Süßenden geraten. Sie faßt von Brovokation und Stärkung des Friedens im Osten.

Das führt z. B. der „Kurjer Poranno“ u. a. an. Er nennt Brünings Ostpreußenbesuch eine Reise längs der Westgrenze Polens, die entsprechend den Erwartungen in eine wahre Orgie der Brovokation ausgearbeitet sei. Die Begrüßungsansprachen enthielten die brutalsten Angriffe gegen den Nachbarn, wie sie in normalen zwischenstaatlichen Beziehungen einfach unmöglich seien. In diplomatischen Redungen habe der Kanzler in seiner Rede in Königsberg erklärt, er wolle von starken Worten absehen, weil ihnen nicht immer die starken Taten folgen können. Damit lieh doch ganz klar, daß diese Begrüßungsrede von vornherein im Einnern bleiben und den Zentralstellen festgelegt war. Das sei daraus ersichtlich, daß der preussische Finanzminister gleichzeitig einen von ihm unterzeichneten Artikel veröffentlicht habe, der von einem geradezu wahnwitzigen Polenshock zeuge.

Amteinführung des Meldedirektoriums.

Sechste Reissgs.

Nemel, 14. Januar.

Bei der Uebergabe der Geldscheine an das neue meldedirektorium hielt der hiesige Gemeindevorstand eine Rede, in der er den neuen Präsidenten Wöhrer verweist warnte. Bieleicht könnten, so sagte er, Vertreter der Parteien — gemeint sind die Mehrheitsparteien — versuchen, sich in die innere Verwaltung des Direktoriums einzumischen. Außerdem müßte festgelegt werden, daß der Landtag von den Funktionen der ausübenden Gewalt größtenteils befreit werden sollte. Schach hoffte er, daß es Botschafter gelingen möge, diese Anormalität zu beseitigen, und er sich nach den Grundrissen des Statuts richten werde.

Der bisherige Diktator, Präsident Reissgs, verfuhr, alle Schuld an den bisherigen Differenzen von sich abzumähen, indem er behauptete, daß im Meldedirektorium nach wie vor Kräfte am Werk seien, die nur Interesse daran hätten, immer wieder Unruhe in die Bevölkerung zu bringen. Er verwies weiter auf die angeblich große Zahl von Beamten fremder Staatsangehörigkeit, die sich nach im Dienst befinden (gemeint